

Antrag

Initiator*innen: Lukas Unger (KV Pinneberg)

Titel: Ä3 zu A14: Handlungsfähigkeit unserer Kommunen sichern!

Antragstext

Nach Zeile 22 einfügen:

- Der Bund, und das Land in seinen Zuständigkeiten, müssen neben der besseren finanziellen Ausgestaltung die an die kommunale Ebene delegierten Aufgaben evaluieren und vereinfachen. Im Mittelpunkt steht eine praxistaugliche Gestaltung der Verwaltungsprozesse, insbesondere durch stärkere Vereinheitlichung, die Reduzierung von Einzelfallprüfungen sowie die gezielte Absenkung von Standards, wo dies fachlich vertretbar ist. Zudem sind Synergien durch eine engere Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Kreisen konsequenter zu nutzen.

Begründung

Neben der prekären finanziellen Lage sind auch weitere Probleme zu berücksichtigen: Steigende Aufgabenlast, Fachkräftemangel und hohe bürokratische Anforderungen bremsen Verwaltung und Politik vor Ort aus. Dies hängt nicht nur mit "neuen" Aufgaben zusammen, sondern auch durch eine Verkomplizierung der inhaltlichen Ausgestaltung von Verfahren, Genehmigungen und weiteren Verwaltungsabläufen.

Eine Vereinheitlichung und Entschlackung der übertragenen Aufgaben kann spürbare Entlastung schaffen und ermöglicht eine effizientere Nutzung von

Stellenanteilen. Wo Standards über das Notwendige hinausgehen, müssen sie angepasst werden - dies entlastet die Verwaltung und schafft zudem schnelle Prozesse, die vom Bürger wahrgenommen werden.

Gleichzeitig können durch stärkere Kooperationen zwischen Kommunen und Kreisen Ressourcen besser genutzt und Doppelstrukturen vermieden werden. So wird Verwaltung effizienter, handlungsfähiger und zukunftssicher.

Unterstützer*innen

Peer Lessing (KV Pinneberg), Katrin Stange (KV Pinneberg), Andrea Eva Dreffein-Hahn (KV Pinneberg), Mathias Schmitz (KV Pinneberg), Leonie Fischer (KV Pinneberg), Nadine Mai (KV Pinneberg), Ann Christin Hahn (KV Pinneberg), Sebastian Rautert (KV Pinneberg), Dieter Abraham (KV Pinneberg)